

gmentation der auch jeweils für sich allein gut lesbaren Einzelbeiträge, die nicht nur Medizinstudenten, sondern allen in Heilberufen Tätigen und am interdisziplinären Gespräch um die Medizinethik Interessierten vorbehaltlos zu empfehlen ist. F.-J. BORMANN

MÜLLER, WINFRIED ANSELM/FRIEDRICH, CHRISTOPH, *Demokratie: Illusionen und Chancen*. Mit einem Gespräch mit Bernhard Vogel (Ethik aktuell). Stuttgart/Berlin/Köln: Kohlhammer 1996, 208 S.

Die beiden Autoren haben sich viel vorgenommen, denn die fast *unablässig diskutierte Demokratie* ist ihr Thema, sie richten sich an alle Bürger und ihr Ziel lautet Aufklärung. Dieses anspruchsvolle Ziel umreißt die von den Autoren ins Leben gerufene Kohlhammer-Reihe „Ethik aktuell“ sinngemäß mit den Worten: Die Autoren beabsichtigen, Tendenzen aufzudecken, Positionen zu beurteilen, vor allem aber, zum Argumentieren zu verhelfen und nicht bloß Argumente zu liefern. – In sieben Kapiteln befragen die Autoren das demokratische „System“ und „Spiel“ und nehmen dazu eine jeweils andere Perspektive ein: Die Sicht 1. der Bürger, 2. des Politikers, des Ministerpräsidenten Thüringens, Dr. Bernhard Vogel, 3. des Politiktheoretikers, welcher für die ideengeschichtliche Einordnung sorgt, 4. des Staatsvolkes, schließlich 5. der politischen Mehrheit und 6. die des Ethikers; um 7. für Nüchternheit im Umgang mit Demokratie und dem Wahlrecht zu werben.

Das erste Kapitel hält sich nicht lange bei einer Durchsicht der Einstellungen der Bevölkerung gegenüber der Demokratie auf, welche zwischen *Erwartung und Enttäuschung* (11–22), Idealisierung und Verhöhnung pendeln, sondern klärt den Begriff Demokratie. „Demokratie“ bezeichnen die Autoren als das System, „in dem sich das politische Geschehen – insbesondere Gesetzgebung und Regierung – nach der Willensbekundung der Staatsbürger richtet“ (13). Es gebe nun, so die Autoren, drei Brechungen des Ideals der Demokratie (9), die allerdings nicht bloß auf die Demokratie zutreffen: 1. Der allzumenschliche Umgang überhaupt mit Strukturen und Idealen, 2. die Verluste, welche jede Konkretisierung eines Ideals mit sich bringe, und 3. sei schlicht hinzunehmen, daß wir nie eine demokratische Verfassung in Reinform antreffen, sondern durch die Geschichte uns immer Mischformen weitergereicht wurden (14, 24 f., 41 ff.). Außerdem jedoch erschwere sich die Demokratie ihren Stand dadurch, daß sie für zu selbstverständlich genommen werde, zu unansehnlich sei und meist mit dem Staat gleichgesetzt werde (17). Ausgehend von Churchill, der Demokratie zwischen *Ideal und Kompromiß* (23–39) ansiedelte, wenn er sagte, daß Demokratie die schlechteste der Staatsformen außer allen anderen sei, die die Menschheit bisher ausprobiert habe (23), schraubt auch B. Vogel die Erwartungen auf das Maß zurück, das erfüllt werden kann, z. B. in der Frage der Unparteilichkeit der Abgeordneten (39) ebenso wie in der moralischen Pflicht, zur Wahl zu gehen (24 f.). Zum Thema direkter Beteiligung (25 ff.) äußert sich Vogel mit dem Hinweis, daß es nicht auf hoher föderaler Ebene, wohl aber auf kommunaler Ebene zu wenig plebiszitäre Elemente gebe. Auf ihr könnten auch die meisten Bürger mit höherer Kompetenz als auf Bundesebene mitbestimmen. B. Vogel erteilt dem Carl Schmittschen „Freund-Feind-Denken“ eine Absage (33), denn mit ihm lasse sich kein verantwortungsvolles politisches Zusammenwirken hin auf eine immer und nur gemeinsam zu verbessernde Demokratie erreichen. Im 3. Kapitel (41–66) diskutieren die Autoren die *Politischen Theorien* eines Hobbes, Rousseau, Kant und von Demokratietheoretikern wie R. Michels, R. Dahl und H. J. Laski. Selbst für bewanderte Ideengeschichtler dürfte sich hier gelegentlich ein neuer Aspekt auftun. Die Warnung ergeht, die Frage nach der Legitimität des Staates mit der nach der Legitimität der Demokratie zu vermischen oder gleichzusetzen (21, 42). Es zeichnet sich ab, daß die Verfasser sich von einem pragmatischen Denken absetzen (49) und einem Ansatz zuneigen, der sowohl die Ideen von Freiheit und Gleichheit ernstnimmt, aber eben auch ein, nicht immer von ihnen offen ausgesprochenes leichtes Mißtrauen gegenüber dem „Volk“ erkennen läßt, was sie zur energischen Verteidigung der Theorie der repräsentativen Demokratie führt (43). Sprach- und Denkkorrekturen werden im 4. Kapitel zum Thema *Das Volk als politisches Subjekt* (67–100) vorgenommen und den Bürgern vorgeschlagen. Es gebe keine Identität zwischen Beherrschten und Herrschenden. Gegen die Identität spreche bereits

der Ausschluß der Kinder, Entmündigten, der Ausländer wie der Noch-nicht-Geborenen. Nicht Selbstregierung sondern demokratisch bestimmte Arbeitsteilung finde doch wohl statt. Damit schließt sich das gründlich durchdachte Thema „Repräsentation und Delegation“ (90) an. Nur ein repräsentatives System vermag es, so die Autoren (92 f.), möglichst effektiv Wählerangelegenheiten im Blick auf den übergeordneten Sinn politischer Herrschaft zu verfolgen. Auf S. 99 findet sich sodann die zentrale Aussage: Es könne und dürfe nicht um uneingeschränkte Transmission der einzelnen Wünsche gehen, vielmehr sei die Transformation der Einzelansichten zum Gemeinwohl hin möglich und geboten, wobei jeder Wähler dieses zum Maßstab zu nehmen hat (133 f.). Folgerichtig erklärt das 5. Kapitel (101–140) das Verhältnis der *Mehrheitsentscheidung* zur „wahren“ Entscheidung und begründet, weshalb das Mehrheitsverfahren einem Losverfahren vorzuziehen ist. Diskutiert wird auf dem Weg, ob Familien als Familien mehr Stimmengewicht erhalten sollen. Der Wert des Majoritätsprinzips liege in der Garantie, „daß die Stimmen der Mehrheit in einen Beschluß transformiert werden, der inhaltlich mit diesen Stimmen übereinstimmt“ (117), auch enthalte die Majoritätsentscheidung unter gewissen Voraussetzungen eher die richtigere Antwort als die Losentscheidung oder die Minderheitenmeinung (123). Nicht dürfe man jedoch unterschlagen, daß die mehrheitliche Zustimmung kein Kriterium des Wahren, sondern ein Indiz erhöhter Wahrheitschancen ist. Demokratische Verfahren dienen nicht der Ermittlung wahrer Antworten oder guter Entscheidungen, sondern „der Rücksicht auf die verschiedenen Präferenzen“ (21), hatte es bereits zu Beginn des Buches geheißen. Unterwerfung und Verzicht auf die Durchsetzung der eigenen Ansicht seien unvermeidlich, doch müßten diese Haltungen so erträglich wie nur möglich gemacht werden (129 f.). Auch das nachfolgende 6. Kapitel verrät noch einmal den tieferschürfenden Ansatz des Buches. *Demokratische Faktoren gemeinwohl-orientierter Herrschaft* (141–186). Es müsse, so die Autoren, zwischen den auf das Eigenwohl gerichteten „Interessen und Wünschen“ einerseits und den im Wettbewerb der Ideen und der Personen (158) auf das Gemeinwohl hin „veredelten“ (120–127; 183) „Anliegen“ andererseits unterschieden werden. Nur letztere seien Gegenstand des demokratischen Prozesses (183). Die Ermächtigung der Amtsträger und die Kontrolle ihrer Tätigkeit seien den Bürgern aufgegeben, so daß sich nun Demokratie verstehen läßt als der „Praxis-Kontext, in dem Bürgerinnen und Bürger eines Gemeinwesens durch Bekundung ihrer politischen Anliegen autoritativ die politischen Entscheidungen veranlassen, die dieses Gemeinwesen betreffen“ (177). Das letzte Kapitel (187–208) stellt klar, daß Partizipation und Politik zwar kein Lebensinhalt sein müssen und dürfen, hebt aber das den Bürgern aufgegebenes Ethos unpathetisch hervor. – Was den Stil betrifft, so sind die Kapitel flüssig geschrieben. Die Autoren vermögen auch den eiligen Leser in Bann zu schlagen und holen ihn immer wieder auf ihre Gedankenpfade zurück. Ohne Fußnoten, Anmerkungen und (leider!) ohne Literaturverzeichnis, Sach- und Personenregister abgefaßt, geben die Autoren deutlich kund, daß es der Text selbst ist, der sich trägt, der fragt und Auskunft gibt. Ihn zu überschreiten, ist der Leser ermuntert und ermächtigt. Ein philosophischer Lehrer hat, so J. Pieper oder Thomas von Aquin, Überblicke zu geben, zu vereinfachen und aus der Situation des Anfangenden zu denken. Diesem Lehrprogramm folgen beide Autoren in hervorragender Weise. Durch diese „Sparsamkeit“ bringen die Autoren etwas Erstaunliches zuwege: Der Text wird ohne solche Verweise durchsichtiger. Vieles Bekannte, schon oft und bis zum Überdruß Gehörte wird hier noch einmal gesagt, nun aber bedächtiger, eindringlicher und anregender. Ermutung ergeht, die eigenen Urteile hervorzuholen und zu überprüfen. Sehr hilfreich sind dabei die zahlreichen Unterscheidungen: Demokratie als Ideal, als Form des sozialen Lebens, als Verfassung im juristischen Sinne, als Spiel der Verfassungsorgane etc. Oder: Legitimation politischer Herrschaft überhaupt, Legitimation der Staatsform, z. B. der Demokratie, und „Legitimierung im Rahmen und unter Voraussetzung von Demokratie“ (64 f.). Um Erwartungen auf das Maß des Erwartbaren einzustimmen und ihm anzupassen, gelingt es, sowohl die Strukturen, die Mechanismen und das zur Verlebendigung unerläßliche Ethos aufzuzeigen. Es ist wohl nicht fern von einer aristotelischen Ethik der Lebenserfüllung anzusiedeln (22). Kritisch ist zu vermerken: Die Unterscheidung Kants („Zum ewigen Frieden“, 1. Definitivartikel: AA VIII, 351 f.) in Staatsform und Regierungsform (Demokratie als Staatsform – Republik als Regierungs-

form) wäre vielleicht doch stärker (trotz 24 und 60ff.) zu beachten gewesen. Folgt man dieser Unterscheidung, so geht es Kant vorrangig um die Regierungs-, den Autoren um die Staatsform. Anliegen der Menschen hat laut Kant die Errichtung der Republik zu sein, die Frage der Staatsform ist nicht nebensächlich, aber doch zweitrangig; unsere Autoren setzen die Akzente genau anders: „Staat“ ist um gewisser Aufgaben willen unerlässlich (62); ansonsten begnügen sie sich mit einem Staatsverständnis, das eher wie im Weberschen Sinne neben dem Element „Territorium“ und „Volk“ aus dem des „Gewaltmonopols“ und „zentralisierten Behörden“ besteht, und das okzidentale Ringen um den gerechten Staat als solchen zwar nicht völlig unterschlägt, aber doch zu kurz kommen läßt. Der politische Kampf um Freiheit, Gleichheit und Würde habe, so muß ich die Autoren verstehen, der Staatsform, mithin der Demokratie, und nicht so sehr dem Staat gegolten. Die Autoren sprechen diese, ihre Akzentsetzung auf S. 42 kurz, zu kurz, wie ich meine, an. Verdienstvoll ist allemal, daß durch die Klarheit ihres Vorgehens deutlich wird, wie sehr ein Diskurs über das staatliche Zusammenleben als solches und das okzidentale Ringen um die Regierungsform selbst, im Sinne Kants, noch der Bearbeitung harret. Es würde m. E. deutlicher werden, daß das Abarbeiten an der Frage des gerechten Zusammenlebens unter einer Regierung nach Selbst- und Mitbestimmung verlangte. Weiter: Die vernünftig begründete Parteinahme für die repräsentative Demokratie begleitet ein Mißtrauen, gegenüber den „Vielen“ und der Einstellung der „großen Zahl“, welche an die Haltung der US-amerikanischen Gründerväter erinnert. Es sind wohl die Adressaten des Buches von diesem Mißtrauen nicht ausgenommen. Wie kontrastiert dieser Realismus oder diese Resignation mit dem „Ethos“, das wiederum diesen abverlangt ist? Auch wäre deutlicher hervorzuheben, was Rousseau im „Gesellschaftsvertrag“ (II.3) ansprach, nämlich die notwendige Absonderung, ja Einsamkeit des Bürgers zwecks Bildung seiner politischen Ansicht. Darüber hinaus müßte die Erziehung zur Demokratie in Schüler selbst- oder Mitverwaltung und demokratischen Gremien, nicht nur innerhalb der Universität, eingeübt werden (sehr knapp: 206 f.). Auch wäre ein deutlicheres Wort über SS. 34 f. hinaus zu dem Umgang mit den Massenmedien wünschenswert gewesen. Diese meine Bemerkungen wollen nur herausheben, daß es ein Irrtum wäre, dieses Bändchen zu unterschätzen, lösen doch die Autoren den selbst gestellten Anspruch voll ein.

N. BRIESKORN S. J.